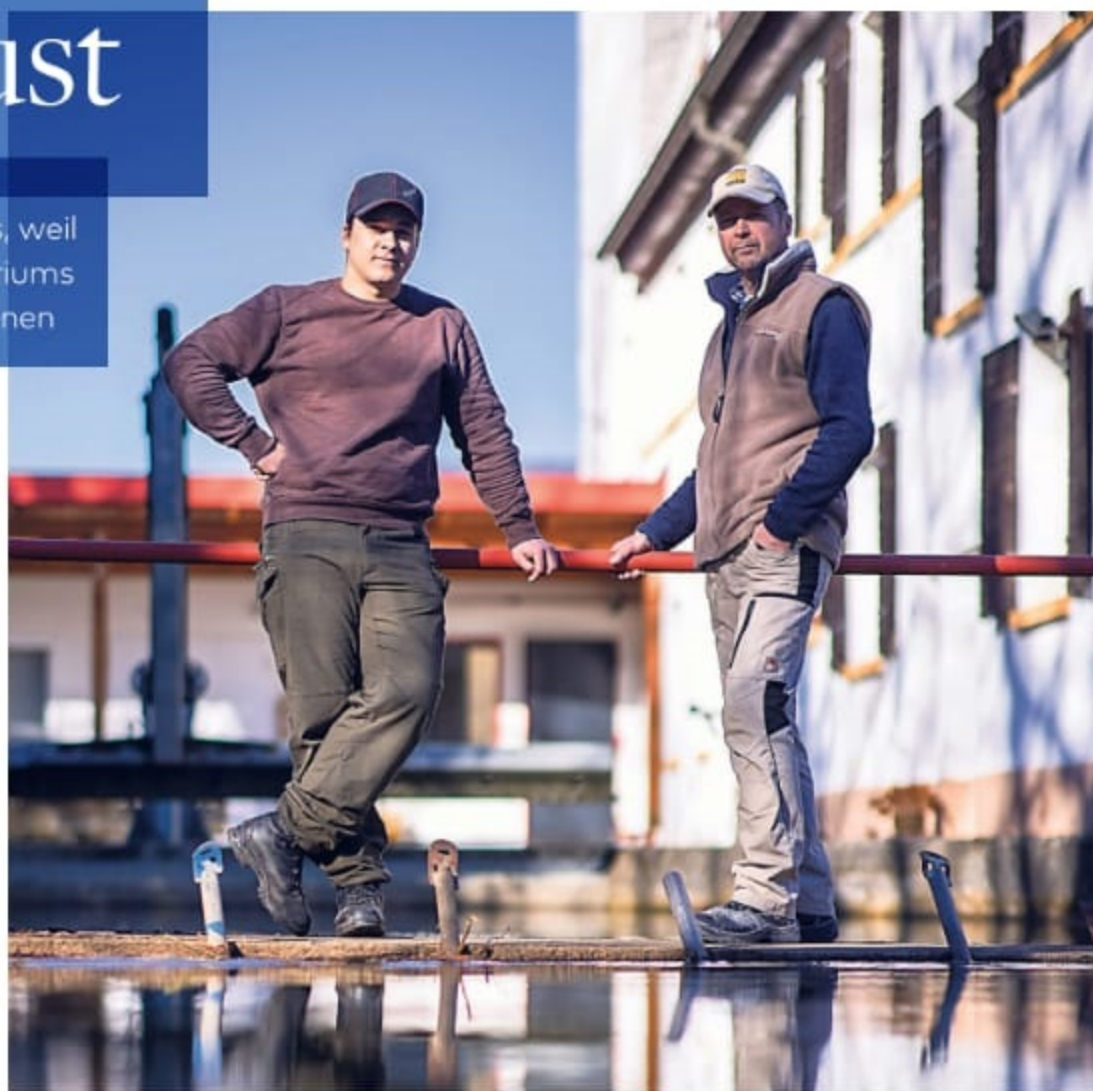


# Müllers Frust

Jahrhunderte alten Mühlen in Hessen droht das Aus, weil ihnen ein Erlass des grün geführten Umweltministeriums das Wasser abgräbt. Ein Besuch bei einem Betroffenen



# R

Rechts rauscht die Ulster, links plätschert es im Mühlgraben. Dazwischen steht ein Mann, der hofft, dass nicht alles den Bach runtergeht, was seine Vorfahren in 20 Generationen aufgebaut haben am längsten Werra-Zufluss der Rhön. „Seit 1495 steht unsere Ulstermühle schon hier“, sagt Müllermeister Ralf Zinn, erst 25 Jahre alt, aber bereits Juniorchef einer der wenigen verbliebenen Mühlen in Deutschland, die noch mit Wasserkraft Mehl herstellen. „Fünf Jahrhunderte Familienbetrieb! Da willst du doch nicht derjenige sein, der als Letzter das Licht ausmacht.“

VON HANNELORE CROLLY  
UND MARCEL LEUBECHE

Doch kann es sein, dass es so kommt. Dass die liebevoll sanierte, weiß gekalkte Mühle im osthessischen Luftkurort Tann ihre Geschäftsgrundlage verliert. Ein Erlass ausgerechnet des grün geführten Umweltministeriums in Wiesbaden bedrohe seine Existenz, sagt der junge Müllermeister – und das, obwohl sich die Müllerfamilie der Nachhaltigkeit verschrieben hat: Getreide aus der Region, mit Energie aus dem Wasser gemahlen zu Mehl für die Bäcker der Umgebung. Außerdem speisen die Zinns überschüssigen Ökostrom ihrer zwei Wasserkraftturbinen ins Netz ein – in der Regel reicht das für 500 Haushalte in Tann.

Sogar zum immateriellen Kulturerbe der Unesco gehört Ralf Zinns Beruf, die Handwerksmüllerei, seit 2018. Und doch ist ungewiss, ob ihn der junge Meister noch lange in der Familienmühle ausüben kann. Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) will die Lebensräume von Fischen und Krebsen, Schnecken und Wasserpflanzen in den hessischen Flüssen verbessern. Sie hat dafür die Wassermenge ins Visier genommen, die künftig durch Stromerzeugungsanlagen wie jene von Ralf Zinn fließen darf. Jetzt befürchtet der Müller: Die Umweltministerin gräbt ihm und Hunderten anderer kleiner Wassermühlen ohne Not sprichwörtlich das Wasser ab.

## HOHE INVESTITIONEN

Per „Mindestwassererlass“ wollen das Ministerium und die vor Ort zuständigen Behörden regeln, dass bei bestimmten Wasserständen künftig weni-

ger Wasser für Mühlgräben oder die Zuleitungen von Wasserkraftwerken abgegriffen werden darf. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibe nun einmal vor, heißt es im Ministerium, dass die Bäche und Flüsse in Europa bis 2027 in einen guten Zustand versetzt werden müssten. Daher sei man zum Handeln gezwungen.

Eine Voraussetzung für den „guten Zustand“ sei die sogenannte Durchgängigkeit für die im Wasser lebenden Tiere, also die Möglichkeit, ein Gewässer entlang zu wandern. Und dies wiederum setze eine ausreichende Wasserführung voraus. „Der Klimawandel stellt uns alle vor eine große Herausforderung“, sagt ein Behörden-Sprecher.

Wenn das Mutterbett mehr Wasser führe, so das Kalkül, und wenn für diesen Zweck sogar einige Wehre oder Staumauern abgerissen würden, dann erhöhe sich die Durchgängigkeit der Flüsse. Bachforellen und Schleien, Flussbarsche oder Brassen könnten leichter zu ihren Laichplätzen wandern und später zurückschwimmen. Außerdem wird Niedrigwasser schneller warm, der Sauerstoffgehalt sinkt, und hier soll die begrenzte Wasserentnahme entgegenwirken. Zu guter Letzt müssen Mühlen und Wasserkraftwerke laut Erlass durch Fischtreppe und moderne Rechen sicherstellen, dass die Tiere nicht mehr in den Turbinen landen und dort qualvoll sterben.

Vor allem Kleinbetriebe in Hessen bangen, dass hohe Investitionen auf sie zukommen, während zugleich ein Stillstand ihrer Turbinen droht, wenn in trockenen Sommermonaten ihren Zuleitungsgräben der Hahn abgedreht wird. „Die Turbinen müssen immer laufen, sonst rostet alles fest. Im Herbst kriegst du das dann gar nicht mehr zum Laufen“, sagt Müllermeister Zinn kopfschüttelnd. Um das zu verhindern, müsste er teuren Strom aus dem Netz zukaufen, statt ihn selbst zu produzieren. Mehl lasse sich auf diese Weise nicht kostendeckend herstellen. Ein Dieselgenerator verbiete sich auch. „Mein Verkaufsargument ist die Nachhaltigkeit. Wenn ein qualmender Generator neben der Mühle steht, der im Jahr 60.000 Liter Heizöl verbrennt, ist mein Geschäftsmodell tot.“

## UMWELTSCHÜTZER WARNEN

Dass der Betrieb kleiner Kraftwerksanlagen bei Niedrigwasser dem Fischbestand schaden könnte, weist Zinn ohnehin von sich. Im Gegenteil: „Im Mühlbach sehe ich viele Jungfische.“ Ein Schutzrechen sei vor seinen Turbinen auch verbaut.

Knapp 620 Wassermühlen gibt es laut der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke (AHW) nur im Land. Nur ein Dutzend von ihnen produzieren noch Mehl, die meisten sind reine Energieerzeuger, die von der über die

vergangenen Jahre massiv erhöhten Einspeisungsvergütung profitieren. Aber vielen von ihnen, ist die AHW überzeugt, würde der Mindestwassererlass mittelfristig die Lebensgrundlage entziehen.

„Die wertvollste, weil sauberste und stetig verfügbare, erneuerbare Energieerzeugung sowie jahrhundertealte, vielfach seit Generationen in Familienhand betriebene Wassermühlen werden vernichtet“, schimpft der AHW-Vorsitzende Helge Beyer. Die Regelung kümmere sich auch nicht um Kulturgut, Traditionen oder Arbeitsplätze, sondern sei „rein gewässerökologisch ausgerichtet“. Der ehemalige grüne Bundestagsab-

*Tann in der Rhön – in der 20. Generation geht die Ulstermühle von dem Vater (r.o.) auf den Sohn über. Geht es nach den Grünen, ist damit nun bald Schluss. Müllermeister Ralf Zinn (o.l.) fürchtet das Ende seiner Mühle*

geordnete Hans-Josef Fell, der sich auf die Seite der Wasserkraftbefürworter geschlagen hat, zieht sogar die Argumentation des Umweltministeriums selbst grundsätzlich in Zweifel. Fell, an der Seite des verstorbenen SPD-Urgesteins Hermann Scheer einer der Wegbereiter des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), hält zwar ebenfalls für abgemacht, dass auf Deutschland immer mehr Trockenheit und Dürren zukommen. Doch der Grüne, der von 1998 bis 2013 im Bundestag saß, zieht aus dieser Prognose andere Schlüsse als das Ministerium. Der Präsident der Energy Watch Group, ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Parlamentariern, warnt im Ge-

genteil dringend davor, Wehre zu schleifen, wie sie an Mühlgräben angelegt sind. Ohne diese fließe das Wasser nur noch schneller weg. In extrem trockenen Sommern führe das womöglich sogar zum völligen Austrocknen der Bäche. „Und das wäre dann ja die größte Katastrophe für die Fische.“ Das wenige sommerliche Regenwasser müsse also viel stärker in Bächen und Flüssen in der Landschaft zurückgehalten werden.

## WASSER ABGRABEN

Das Umweltministerium und das für die Ulstermühle zuständige Regierungspräsidium Kassel lassen solche Einwände nicht gelten. Die Wasserkraft sei zwar „grundsätzlich geeignet“ für die nachhaltige Energiegewinnung, heißt es beim Regierungspräsidium. „Aber nicht jede Nutzung und nicht jeder Standort ist uneingeschränkt annehmbar beziehungsweise ökologisch verträglich.“ Dies gilt in den Augen der Behörde ganz besonders für die kleine Wasserkraft, weil diese in Hessen oft ökologisch besonders wertvolle Mittel- und Oberläufe von Flüssen nutzt. Diese strukturreichen Gewässer, so sieht es die Umweltministerin, werden wegen des Klimawandels immer wichtiger und müssen geschützt werden vor Eingriffen.

„Es ist nicht die Intention, den Wasserkraftanlagen das Wasser abzugraben, sondern zu verhindern, dass den Fischen das Wasser fehlt“, betont eine Ministeriumssprecherin. Und ohnehin sei beabsichtigt, eine Stilllegung von Anlagen zu vermeiden. Bei den bisher erlassenen Mindestwasserfestsetzungen will das Regierungspräsidium bisher stets darauf geachtet haben, ein komplettes Trockenfallen des Mühlgrabens zu verhindern. Allerdings, so betont die Sprecherin: Kleinwasserkraftanlagen trügen nun einmal gerade mal 0,2 Prozent des Nettostromverbrauchs in Hessen bei. Nicht nur das hessische Umweltministerium, auch Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir (Grüne) sehe die Stromerzeugung aus „der kleinen Wasserkraft“ daher als „vernachlässigbar beziehungsweise leicht ersetzbar“ an.

Werner Neumann vom Umweltbund BUND Hessen kann da nur beipflichten. Der Beitrag der Wasserkraft zum Klimaschutz sei marginal, sagt er, der ökologische Schaden dafür umso größer. „Und wenn die Wassermühlen weiter als Kulturgut angesehen werden sollen, dann müssen sie eben auch dem Naturschutz in den Gewässern dienen und zugunsten der Fische umgerüstet werden.“ Die Forderungen der hessischen Wasserkraftbetreiber, Wasserkraftanlagen ungeachtet ihrer ökologischen Auswirkungen ohne Einschränkungen weiter zu betreiben, lehnt der BUND strikt ab.

Ralf Zinn macht all das fassungslos. Dass in Zeiten des Klimawandels ausgerechnet der Umweltschutz das Aus für seine Wasserkraft bedeuten soll, damit hätte er nicht gerechnet. „Die Politik predigt doch immer, wir müssten die Wirtschaft nachhaltiger gestalten. Und dann kommt die schwarz-grüne Landesregierung und sagt: Ätsch!“